

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die preußischen Landtagswahlen.

Falsche Zähltaktik. — Pfingsten.

Die Wahltermine für die allgemeinen Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus sind nunmehr amtlich bekanntgegeben worden. Die Bemühungen der Konservativen, die Wahlen bis zum Herbst hinauszuschieben, haben keinen Erfolg gehabt. Am 16. Mai, dem Freitag der Pfingstwoche, werden die Urwahlen für die Wahlen der Wahlmänner stattfinden, und am 3. Juni, einem Dienstag, werden die Wahlmänner die neuen Abgeordneten wählen. Die Konservativen haben heute nicht mehr das gleiche Interesse wie früher an einer Verschiebung des Wahltermins bis zum Herbst, nachdem sie aus der Haltung der Sozialdemokratie die frohe Gewissheit gewonnen haben, daß diese ihnen weit weniger gefährlich werden wird, als befürchtet wurde, und in einzelnen Fällen sogar, wie jüngst in Teltow-Beetzow, als ihr indirekter Bundesgenosse anzusehen ist. Selbst von sozialdemokratischer Seite ist zugestanden worden, daß die auf dem preußischen Landestag der Sozialdemokratie festgelegte Taktik nur auf eine Zählung der sozialdemokratischen Wählerstimmen und vielleicht auf eine Vermehrung der sozialdemokratischen Landtagsmandate um ein paar neue hinausläuft, daß es aber ausgeschlossen ist, „größere Veränderungen in der Zusammensetzung des Landtages zu erreichen“. Die sozialdemokratische Zähltaktik wirkt schon bei den Reichstagswahlen, bei denen innerhalb eines Wahlkreises jeder Wähler das gleiche Recht hat, vielfach widerständig, weil sie den Gegnern, denen der Kampf in erster Reihe gilt, nicht selten direkt Nutzen bringt. Sie verliert aber vollends jede, auch den leisesten Schimmer der Berechtigung unter der Wirkung eines Wahlsystems, das 8 Prozent aller Wahlberechtigten in die dritte Wählerklasse verweist und ihnen damit, ganz abgesehen von dem durch die ungleiche Wahlkreiseinteilung und die ungeheuerlichen Wirkungen der Steuerdrückung nach Urwahlbezirken hervorgerufenen Nachteilen, nur halb so viel Einfluß auf das Wahlergebnis einräumt, als den übrigen 18 Prozent der Wahlberechtigten.

Die konservativen Parteien werden sich über die Anberaumung der Wahlen im Frühommer auch trösten aus dem Grunde, weil die Verlegung des Termins der Urwahlen in die Pfingstwoche ihnen die Gewähr bietet, daß in den Städten zahlreiche Wähler am Tage der Wahl nicht zu Hause sein werden. Nach altem Brauch ist die Pfingstwoche die Zeit der Kongresse. Da beginnt es überall in deutschen Landen zu „tagern“. Mit jedem Jahre schwillt die Zahl der Kongresse in der Pfingstwoche an. In keiner anderen Jahreszeit, selbst nicht zu Beginn der großen Schulferien, werden die Eisenbahnen so stark in Anspruch genommen wie in der Pfingstwoche, wenn Deutschland den Eindruck einer Völkerwanderung macht. Die liberalen Wähler können nicht früh und nicht eindringlich genug auf die Pflicht hingewiesen werden, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß sie am 16. Mai Zeit zur Ausübung des Wahlrechts haben. Die ländlichen Wahlkreise der Konservativen werden von den Wirkungen der Wanderlust zur Pfingstzeit weit weniger betroffen als die großstädtischen Bezirke, die für die Liberalen als Kampffeld in erster Reihe in Betracht kommen.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Liberalen ist seit den Reichstagswahlen erfreulicherweise erstarkt. Treulich kann noch immer nicht von einer einheitlichen Schichtlinie aller Liberalen gesprochen werden. In Ost- und Westpreußen, Schlesien, Sachsen, Brandenburg und in Kurhessen sind Wahlkompromisse zwischen der fortschrittlichen Volkspartei und den Nationalliberalen vereinbart worden. Aber auch hier, wie der Wahlkreis Raumburg-Beitz-Weihenfeld beweist, sind widerstrebende Elemente eifrig an der Arbeit, die Einigkeit der Liberalen zu stören. Sehr unerfreulich sind, wie bei den Reichstagswahlen, die Verhältnisse in Schleswig-Holstein, wo die Nationalliberalen mit Ausnahme von zwei Wahlkreisen überall ein Bündnis mit den Konservativen und dem Bund der Landwirte geschlossen haben. Auch in der Provinz Hannover, wo doch gerade die Nationalliberalen die allerüblichsten Erfahrungen mit der Freundschaft der Konservativen gemacht haben, stehen sich die beiden liberalen Parteien vielfach als Gegner gegenüber.

Alles in allem haben sich also seit den Wahlen vor fünf Jahren die Verhältnisse nicht wesentlich geändert. Im Grunde genommen sind die Parteikonstellationen dieselben geblieben. Das Wahlrecht ist das alte, weder ist die direkte noch die geheime Wahl eingeführt. Die Zurechnung, die jüngst auf dem konservativen Parteitage herrschte, hat nicht zum wenigsten ihren Grund in der Erkenntnis, daß die Gefahr, die den Konservativen bei den Wahlen droht, sich innerhalb Jahresfrist sehr stark verringert hat, insbesondere auch unter dem Eindruck der auswärtigen Lage.

Kaiser und Pächter.

Das sehr wenig erfreuliche Kapitel Zeitgeschichte, das diese Uebersicht trägt, ist noch immer nicht geschlossen. Die der Rechten nahestehende Berliner „Tägliche Rundschau“ hat neuerdings von einem Mitarbeiter, auf dessen „Königsberger Gesinnung“ sie sich verlassen können, wie sie noch ausdrücklich versichert in der Cabiner-Rehberger Angelegenheit Ermittlungen in Elbing anstellen lassen. Die Schilderung nun, die der Beauftragte der „T. R.“ von den in Elbing und Umgebung empfangenen Eindrücken gibt, enthält mancherlei, was nicht ganz ohne Interesse ist. Es heißt da u. a.:

„Der Pächter des Cabiner Vorwerks Rehberg, Herr Sohst, hat in einem Immediatgesuch von der Gnade des Kaisers die Wiederherstellung seiner persönlichen Ehre erbeten, hat aber keine Antwort erhalten. Und man nimmt auf Grund anscheinend sehr guter Informationen an, daß der Kaiser jedes Eingehen auf das Gesuch abgelehnt hat. Denn einflußreiche Leute bemühen sich seit einiger Zeit, die Angelegenheit als erledigt hinzustellen und stillen Ergeben und Vergessen zu empfehlen.“ Weiter erwähnt dann der Gewährsmann des genannten Blattes kurz, was er über den Verfall der Roggen, über den Cabiner Viehbestand, den Fehlschlag der Milch und das Drum und Dran der verschiedenen Prozesse erfahren hat. Erwähnenswert daraus ist, daß mehrere Elbinger Rechtsanwälte die Vertretung der Klage der Cabiner Gutsverwaltung gegen Sohst als völlig aussichtslos von vornherein abgelehnt hatten. Zum Schluß knüpft er an seine Schilderung, in der auch mit einigen Worten der unzuverlässigen Informanten des Kaisers gedenkt, folgende kritische Betrachtungen:

„So bedauerlich es ist, solche Ratgeber in der Umgebung des Kaisers zu wissen, so vielerlei sich über die eigentliche Herrschaft in Cabinen sagen ließe — man kann darüber mit Schweigen und Vergessen hinweggehen. Die Hauptsache ist und bleibt: der Kaiser hat mit der Ueherung über den Pächter, (den er „hinausgeschmissen“ habe, weil er „nichts taugt“), einen tüchtigen, ehrenwerten Bürger in einer Weise öffentlich beleidigt, die jedem anderen eine

gerichtliche Klage zuziehen würde. Er hat es auf Grund falscher sachlicher Informationen getan. Der Kaiser ist immun. Um so mehr mußte jeder Royalist von dem Monarchen erwarten, daß er öffentlich begangenes Unrecht aus eigenem Entschluß wieder gut macht. Da wird die Gnade gegenüber dem widerrechtlich Geschädigten zur Pflicht gegenüber der monarchischen Idee. Höchst eigentümlich berührt es, daß die konservativ-agrarischen Führer keinen Sinn für die Art zu haben scheinen, wie der monarchische Gedanke in unserer Zeit und in unserem Volk allein zu bewahren ist. Die engeren Berufsgenossen des Pächters — darunter sehr angesehene und wohlhabende Landwirte — haben zwar eine Ehrenklärung für den Beleidigten beschlossen; aber sie sind von den konservativ-agrarischen Führern im Stich gelassen worden. Der Landrat Graf Posa-dowsky-Wehner hat unter falschen Lorbeeren (oder falschem Verdacht) zu leiden gehabt: er hat den Beschluß des landwirtschaftlichen Votabereins nicht unterschrieben, sondern mit seinem Kreisbaumeister die Sitzung verlassen. Herr v. Oldenburg-Januschau, der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, an den man sich um Vertretung der gerechten Sache wandte, hat sich selbstdenkend abgewandt. Die böse Presse habe schon alles verdorben. „Ganz recht wird hierzu in der „Täglichen Rundschau“ bemerkt, wie es denn irgend jemand hätte verhindern können, daß sich die Offenlichkeit mit einer so auffallenden öffentlichen Ueherung des Monarchen beschäftigte?“

Der Cabiner Gutsverwaltung ist aber zugleich auch ein Verteidiger entstanden. In der „Elbinger Zeitung“ entrußt sich der Gutsbesitzer Skirl-Hohendorf bei Reichenbach (D. Pr.) in einem spaltenlangen Artikel über die Beschlüsse, die die landwirtschaftlichen Vereine zu Elbing und Lengen seinerzeit zu der Landwirtschaftsrede des Kaisers gefaßt haben. Dieser Herr Skirl, offenbar ein entragierter Anhänger der Theorie vom beschränkten Untertanenverstand, hält seinen westpreussischen Berufsgenossen folgendes vor:

„Die Cabiner Verwaltung wollte man treffen, aber — daß man damit auch den Kaiser selbst traf, lag doch sehr nahe! Denn welcher Gutsbesitzer wird es nicht als eine persönliche Kränkung empfinden, wenn seine Beamten vor der Öffentlichkeit als „Ohrenbläser“ und Leute hingestellt werden, die in schamloser Weise Sr. Majestät grundfalsche, erlogene Angaben über Cabinen und die westpreussische Landwirtschaft gemacht haben?“ Etwas mehr Besonnenheit und schuldige Rücksicht auf die Person des Kaisers hätte die Verantwortlichen solcher Kundgebungen davon abhalten müssen, so vorzugehen. Sachlich und korrekt wäre es gewesen, wenn der Pächter von Rehberg die Cabiner Gutsverwaltung zu einer öffentlichen Berichtigung aufgefordert hätte — eventuell mit Klageandrohung —, wodurch sein Rechtsverhältnis klargestellt und er persönlich rehabilitiert wurde. Den gleichen Weg konnten auch die landwirtschaftlichen Vereine einschlagen, die sich durch die Bemerkungen über den Anbau des Pächter Roggens so tief in ihrer beruflichen Standesehre verletzt fühlten. Statt dessen veranstalteten man Vereinsversammlungen, hielt die laienhaften Ueherungen zur Diskussion und fällt mit Keulenschlägen über die Cabiner Gutsverwaltung her.“

Ferner sucht Herr Skirl auf Grund von Informationen seitens der Cabiner Gutsverwaltung darzutun, daß (mit geringen Ausnahmen) sämtliche Verhältnisse gemacht wurden — richtig waren. Aber, so wird man mit dem Kommerzienrat Wähling in Sudermans „Ehre“ fragen müssen: Warum haben Sie das denn nicht gleich gesagt? Warum hat die Cabiner Gutsverwaltung auf die positiven gegenteiligen Angaben der landwirtschaftlichen Vereine Elbing und Lengen keine Antwort gefunden? Herr Skirl meint zum Schluß seiner seltsamen Epistel, daß man „aus solchen nichtigen, kleinen Ursachen nicht gleich die Sturmklode hätte läuten sollen“. Da wurden seine westpreussischen Berufsgenossen denn doch von weit richtigeren Empfindungen geleitet, und es bleibt ein Lichtpunkt — vielleicht der einzige — in der höchst unliebsamen Cabiner-Rehberger Affäre, daß die Landwirte von Elbing und Lengen so mannhaf, wie sie es getan, für die Ehre des angegriffenen Pächters eintraten.

Das Balkanproblem.

Wollen die Balkanstaaten den Frieden — oder wollen sie ihn nicht? Diese Frage ist man berechtigt zu stellen, wenn man sich die Antwort der Verbündeten auf das Vermittlungsangebot der Großmächte ansieht. Der bulgarische Premierminister Geshow hat am Sonnabend in der Sobranje allerdings einige kommentierende Bemerkungen zu der gemeinschaftlichen Note des Vierbundes gemacht, die darauf schließen lassen, daß man sich auch in Sofia in der Rolle der Intransigenten durchaus nicht wohlfühlt, sie nur aus taktischen Gründen und aus Rücksicht auf die getreuen Freunde und Nachbarn nicht verleugnen mag. Er verwies auf die unbestreitbaren militärischen Erfolge der Verbündeten seit Wiederaufnahme des Krieges und meinte, daß sie darum ein gutes Recht hätten, auf ihre früheren Bedingungen zurückzukommen, bzw. diese noch zu verschärfen. Herr Geshow vergißt dabei zweierlei. Erstens haben jene früheren Londoner Bedingungen ja gerade sich als ungeeignet zur Herbeiführung eines Friedensschlusses erwiesen. Zweitens kann es sich jetzt nicht mehr so sehr um die Befriedigung des nationalen Ehrgeizes der einzelnen Balkanländer handeln, die doch im wesentlichen erreicht haben, was sie wollen, sondern um die Schaffung solcher Zustände auf der Balkanhalbinsel, die im Interesse Gesamteuropas und der Balkanvölker selbst einigermaßen Dauer verheißen. Aber Herr Geshow fügte seinen Erklärungen auch selbst bereits einen Satz hinzu, der im Sinne des ernsthaften Wunsches nach einer erfolgreichen Vermittlung der einander gegenüberstehenden Forderungen geäußert werden kann. Er sagte:

Sache der Großmächte ist es, nunmehr sich darüber auszusprechen, was den Verbündeten nach den neuen schweren Opfern, die sie nicht durch ihre Schuld erlitten haben, gegeben werden soll, und wir hoffen, daß ihr Richtspruch derart sein wird, daß die Annahme desselben sich durch seine Weisheit und Gerechtigkeit beiden Teilen aufzwingen wird.

Serben und Griechen — die übrigens von den oppositionellen Rednern der Sobranje manches Ueble sich nachsagen lassen mußten — werden der bulgarischen Regierung ein schweres Hindernis auf dem Wege zum Frieden sein. Die Londoner „Times“, mit der wir sonst selten übereinstimmen, läßt es sich neuerdings besonders angelegen sein, die Balkanverbündeten vor der Ueberpannung des Vogens zu warnen. Sie hält einen starken Druck seitens Europas für notwendig, um den Krieg zu beenden. „Die Ermüdung der Balkanverbündeten nimmt die Vermittlung im Prinzip an, knüpft sie aber an Bedingungen, die gänzlich unzulässig sind und daher die Annahme in der gegenwärtigen Form illusorisch machen.“ Verschiedene Bedingungen seien betont, daß wenn die Verbündeten in der Lage wären, sie der Türkei aufzuerlegen, Europa durch seine eigenen Interessen genötigt würde, sein Veto dagegen aus-

zusprechen. Allgemein nehme man in London und in anderen Hauptstädten an, daß die Verbündeten Vorschläge von realerem, bestimmterem Charakter in petto haben. Es wäre politischer und höflicher gewesen, wenn sie bereits in ihrer Antwort sagten, was sie wirklich zu bekommen erwarteten. Das Blatt schließt: „Allseitig empfindet man, daß der Friede eine europäische Notwendigkeit geworden ist. Der Krieg war eine ernstliche Bedrohung für die guten Beziehungen der Mächte. Wenn auch die Gefahr nicht mehr so akut ist, so vermehrt doch die Fortsetzung des Konfliktes die schweren Sorgen der Minister von Wien bis London. Europa kann nicht dulden, daß seine Interessen für eine weitere Zeit von unbestimmter Dauer präjudiziert werden durch die Fortsetzung des Konfliktes, dessen grundlegendes Ergebnis unabweislich feststeht. Der Friede ist für Europa ebenso notwendig wie für die kriegführenden Parteien. Offenbar ist der einzige Weg, ihn zu sichern, der, daß man mit Festigkeit auf der Annahme der Vermittlung besteht.“

Wie es heißt, bereiten die Mächte eine Kollektiv-Antwort an die vier Balkanstaaten vor, in der sie die Uebermittlung der bisher mitgeteilten Friedensbedingungen an die türkische Regierung ablehnen und die Milderung der gestellten Forderungen als Konsequenz des grundsätzlichen Einverständnisses mit der Vermittlungsfaktion der Mächte verlangen werden.

Die offiziöse Stimme.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Wochenrundschau:

Die Forderungen des Balkanbundes sind zum Teil recht weitgehend; sie greifen außerdem in mehr als einem Punkt auf Fragen über, die mit europäischen Interessen verknüpft sind und deshalb nicht ohne Mitwirkung Europas gelöst werden können. Als Beispiele nennen wir die Entscheidung über die Zukunft Estlands und der ägäischen Inseln und das Verlangen nach einer Kriegsschlichtung. Unter diesen Umständen sind die Vorschläge der Verbündeten einer eingehenden Nachprüfung durch die Mächte zu unterziehen. Damit wird leider dem allgemein gehegten Friedenswunsch eine neue Geduldssprobe auferlegt. Wir halten indessen an der Hoffnung fest, daß die schwierige Arbeit der europäischen Vermittlung trotz der noch entgegenstehenden Hindernisse glücklich durchgeführt werden kann. Seit der Einnahme von Janina macht Montenegro erhöhte Anstrengungen, um Skutari in seine Gewalt zu bringen. Man muß es beklagen, daß in diesen Kämpfen das Leben vieler tapferen Männer geopfert wird, ohne daß daraus für Montenegro ein Vorteil erwächst. Nach dem einmütigen Willen Europas soll Skutari, welches auch sein Schicksal in diesem Feldzug sein mag, mit dem künftigen Albanien vereinigt werden. Man möchte glauben, die Angst des Königs Nikolaus werde seinem Volke neue schwere Opfer ersparen, die nach Lage der Dinge nutzlos bleiben müßten.

Zu den Ueherungen Asquiths im englischen Unterhause über die Bemühungen der Mächte zur Lösung der Orientkrise, bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Wenn Herr Asquith hierbei besonderen Nachdruck auf die Feststellung legte, daß das einmütige Zusammenarbeiten Deutschlands und Großbritanniens bei Behandlung der jüngsten Orientkrise gegenseitiges Vertrauen zwischen den beiden großen Nationen hervorgerufen habe, so wird man sich bei uns dieser Erklärung gern anschließen.

Constantinopel, 17. März. Aus der Warte sind gestern ein Ministerrat statt, der sich mit den Forderungen der Verbündeten beschäftigte. Während der Beratungen erschien, nach dem „Berliner Tageblatt“, der deutsche Botschafter auf der Warte. Nach Beendigung des Ministerrats wurden weitere Instruktionen an Saffi Pascha telegraphiert. Saffi Pascha telegraphierte aus Wien, Oesterreich habe den Mächten mitgeteilt, daß es durchaus darauf bestehe, daß Skutari albanisch werde. Die heutigen Morgenblätter betonen einstimmig die Notwendigkeit energischer Fortführung des Krieges.

Den Soffiote Gesandtschaften sind, nach einer Meldung der „Wissigen Zeitung“, Nachrichten zugegangen, wonach die Großmächte demnächst eine neue Basis für den Frieden vorschlagen würden, und das Ausschließen auf beiderseitige Annahme derselben bestehen. Ueber die Forderung seien keinerlei Schwierigkeiten zu erhoffen. Man werde sich wahrscheinlich auf die Linie Widia-Ceres einigen. Die Hauptfrage bleibe, ob die französischen Bankiers betr. einer gewissen Summe als Kriegsschlichtung nachgeben werden, welche durch die Uebernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld seitens der Verbündeten reichlich gedeckt wäre.

Neues türkisches Offizierspronunciamento.

Eine Gruppe von türkischen Offizieren hat dem Großwesir ein Memorandum überreicht, in dem er unter Hinweis darauf, daß der jungtürkische Putsch und der Regierungswechsel nicht gescheit, sondern die Wiederaufnahme der Kämpfe zur Folge gehabt habe, um derenwillen der Friede schimmere Friedensbedingungen auferlegt werden sollen, zum letzten Male aufgefordert wird, sich zurückzuziehen und das Schicksal des Landes einer vertrauenswürdigsten Regierung zu überlassen.

Das vom „Aktionskomitee“ des Offizierkorps unterzeichnete Schriftstück befragt: Die letzte Revolution, der die Kündigung des Waffenstillstandes und die Wiederaufnahme der Kämpfe folgte, bewies, daß eine Handvoll Leute nur auf die Verdrängung ambittiver eigenmächtiger Zwecke abzielt. Leider wurde auch der Großwesir, der in der Armee allseitige Achtung genießt, zum Handlanger dieser Strömung. Wenn es durch einen Regierungswechsel möglich wäre, das Interesse des Vaterlandes zu wahren, hätten die Offiziere der Armee die Regierung unterstützt. Unglücklicherweise aber konnte die neue Regierung nicht die gleichen Vorteile sichern wie die frühere Regierung. Diese konnte es durchsetzen, daß Adrianopel unter dem Schutze des Sultans bleibe, bewahre die Nation vor der Zahlung einer Kriegsschuldung und sicherte die Grenzlinie, welche die politisch und strategisch wichtigen Orte Gölbičina, Dimorika, Debagatich und Kirt-Kilisse für das türkische Ostrumelien erlange, sowie außerdem die Autonomie Albanien unter türkischer Souveränität. Die neue Regierung, welche zur Macht kam, um größere Vorteile zu sichern, konnte seit einem und einem halben Monat keine Erfolge aufweisen. Sie hat vielmehr das bedauerliche Ereignis des Falles von Janina erlebt und es verschuldet, daß die Allierten die früheren Friedensbedingungen annullierten und auf den bekannten Bedingungen bestehen. Das Offizierkorps, welches überzeugt ist, daß der Regierungswechsel nur persönlichen Ambitionen diene, sieht sich deshalb gezwungen, seine Tätigkeit wieder aufzunehmen und stellt dem Großwesir folgende Fragen: Wenn Hobeit überzeugt ist, daß die militärische Lage der Türkei es